

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/9087 –**

Todesfälle im Zusammenhang mit polizeilichen Maßnahmen

Vorbemerkung der Fragesteller

Polizeiliche Einsatzmaßnahmen münden in manchen Situationen im Einsatz von Mitteln des unmittelbaren Zwangs und in seltenen Extremfällen im Tod des polizeilichen Gegenübers. Der Fokus der Öffentlichkeit liegt hier besonders auf dem polizeilichen Einsatz von Schusswaffen, aber auch zunächst nichtletalen Einsatzmitteln wie Reizgasen und Distanz-Elektroimpulsgeräten („Taser“). Einerseits, weil der Einsatz von Schusswaffen durch die Polizei medial eine besondere Aufmerksamkeit erfährt. Andererseits ist das Interesse, auch an konkreten Einzelfragen zu derlei Einsatzgeschehen auch deshalb so dringlich, weil es sich beim Schusswaffeneinsatz durch die Polizei um eine der extremsten Formen legaler staatlicher Gewaltanwendung handelt. Auch ungeachtet der Konjunktoren medialer Aufmerksamkeit sind Behörden und der Gesetzgeber grundsätzlich gehalten, sich der Debatte um die Konsequenzen staatlicher Gewaltanwendung zu stellen. Denn ungeachtet der konkret handelnden Personen im Einzelfall obliegt es Gesetzgebern, Ministerien und Behörden, die Rechtsgrundlagen, das Straf- und Disziplinarrecht, die Einsatzregeln, Aus- und Fortbildung, Einsatz- und Schusstraining so zu gestalten, dass die Grenzen eines Einsatzes und die möglichen Konsequenzen einer fehlerhaften oder rechtswidrigen Anwendung von Einsatzmitteln allen Beamtinnen und Beamten klar sind.

In Dortmund und darüber hinaus machte 2022 der Fall des minderjährigen Mohammed Lamine Dramé Schlagzeilen, der letztlich durch mehrere Schüsse aus der Maschinenpistole eines Polizisten getötet wurde, obwohl bereits verschiedene andere Einsatzmittel angewandt worden waren. Inzwischen wurde bekannt, dass zwischen dem Einsatz eines Tasers und dem ersten Schuss aus der eingesetzten Maschinenpistole lediglich ein zeitlicher Abstand von 0,717 Sekunden bestanden habe (www.ruhrnachrichten.de/dortmund/tasereinsatz-und-pistolen-schuss-fast-gleichzeitig-ermittlung-zum-fall-mouhamed-d-w-1809772-2000672696/). Die beteiligten Polizisten wurden inzwischen u. a. wegen Totschlags angeklagt (www.nd-aktuell.de/artikel/1175318.polizeigewalt-mouhamed-lamine-drame-rassistische-taeter-opfer-umkehr.html). Diesen Fall und 471 weitere Fälle sogenannter polizeilicher Todesschüsse seit 1976 hat die Zeitschrift „cilip“ gesammelt und dokumentiert (<https://polizeischuesse.cilip.de/>). Aus der Dokumentation sind Tendenzen beim tödlichen Einsatz von Schusswaffen und Distanz-Elektroimpulsgeräten ablesbar, wie etwa die

deutliche Zunahme von Opfern des Schusswaffeneinsatzes, die sich in einer psychischen Ausnahmesituation befanden. Fälle, die eher der klassischen Vorstellung des Schusswechsels zwischen Polizeikräften und fliehenden Straftätern entsprechen, sind hingegen selten geworden.

1. Wie viele Todesfälle von Personen während polizeilicher Maßnahmen unter Beteiligung der Bundespolizei gab es nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem 1. Januar 2022 (bitte nach Jahren, Ort und Anlass der polizeilichen Maßnahme, Bundespolizeidirektionen und, soweit bekannt, Todesursache aufschlüsseln)?

Gemäß Polizeilicher Eingangsstatistik der Bundespolizei sind seit Januar 2022 bis September 2023 keine Personen in Folge eines polizeilichen Schusswaffengebrauchs oder im Zuge der Abwehr eines Angriffs auf Beamtinnen oder Beamte der Bundespolizei zu Tode gekommen.

2. Wie viele Fälle der Verletzung von Personen während polizeilicher Maßnahmen unter Beteiligung der Bundespolizei außerhalb von Versammlungsgeschehnissen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem 1. Januar 2022 (bitte nach Jahren, Ort und Anlass der polizeilichen Maßnahme, Bundespolizeidirektionen und Privatperson bzw. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aufschlüsseln)?

Statistische Daten zu Angriffen auf Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei und deren Angreifer liegen zum jetzigen Zeitpunkt bis einschließlich September 2023 vor.

Von Januar 2022 bis September 2023 wurden gemäß Polizeilicher Eingangsstatistik der Bundespolizei 1.356 Beamtinnen oder Beamte der Bundespolizei bei der Abwehr eines Angriffs verletzt. Die erbetenen Aufschlüsselungen sind in der Anlage 1 dargestellt.*

Von Januar 2022 bis September 2023 wurden gemäß Polizeilicher Eingangsstatistik der Bundespolizei 577 Personen, welche Beamtinnen oder Beamte der Bundespolizei angegriffen haben, im Rahmen dieses Angriffs verletzt. Die erbetenen Aufschlüsselungen sind in der Anlage 2 dargestellt.*

3. In wie vielen Fällen haben Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei seit dem 1. Januar 2022 im Dienst von Schusswaffen Gebrauch gemacht (bitte nach Jahren, Schussabgaben gegen Personen, Tiere, Sachen, als Warnschuss oder unbeabsichtigt sowie nach Bundespolizeidirektionen aufschlüsseln)?

Im Zeitraum Januar 2022 bis September 2023 wurden gemäß Polizeilicher Eingangsstatistik der Bundespolizei 198 Fälle des polizeilichen Schusswaffengebrauches verzeichnet. Die erbetenen Aufschlüsselungen sind in den nachfolgenden Übersichten aufgeführt.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/9454 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Schusswaffengebrauch der BPOL nach BPOLD		
Bundespolizeidirektion	2022	Januar bis September 2023
Bundespolizeiakademie		1
Bundespolizeidirektion Berlin	9	6
Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt	19	13
Bundespolizeidirektion Frankfurt		3
Bundespolizeidirektion Hannover	10	2
Bundespolizeidirektion Koblenz	15	15
Bundespolizeidirektion München	23	17
Bundespolizeidirektion Pirna	25	15
Bundespolizeidirektion Stuttgart	7	1
Bundespolizeidirektion Sankt Augustin	9	4
Bundespolizeidirektion Bereitschaftspolizei		2
Bundespolizeidirektion 11	2	

Schusswaffengebrauch der BPOL nach Anlass		
Anlass	2022	Januar bis September 2023
gegen Personen	8	2
gegen Tiere/Sachen	101	70
Sonstige	10	7

Unter dem Anlass „Sonstige“ werden Selbsttötungen, unbeabsichtigte Schussabgabe, Signalschüsse und Schussabgaben, die noch nicht klassifiziert sind, statistisch erhoben.

Im Rahmen der 198 Fälle des Schusswaffeneinsatzes gaben Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei vier Warnschüsse ab. Die erbetenen Aufschlüsselungen sind in den nachfolgenden Übersichten dargestellt.

Anzahl abgegebener Warnschüsse der BPOL nach BPOLD		
Bundespolizeidirektion	2022	Januar bis September 2023
Bundespolizeidirektion Koblenz	1	
Bundespolizeidirektion München	1	
Bundespolizeidirektion Pirna	1	
Bundespolizeidirektion Sankt Augustin	1	

Anzahl abgegebener Warnschüsse der BPOL nach Anlass		
Anlass	2022	Januar bis September 2023
gegen Personen	4	

4. In wie vielen Fällen haben Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei seit dem 1. Januar 2022 im Dienst von Distanz-Elektroimpulsgeräten (Tasern) Gebrauch gemacht (bitte nach Jahren, Schussabgaben gegen Personen oder Tiere sowie nach Bundespolizeidirektionen aufschlüsseln)?

Für den Zeitraum November 2020 bis Oktober 2023 gab es in der Bundespolizeidirektion Berlin 17 Androhungen und zwei Auslösungen von Distanzelektroimpulsgeräten gegen Personen. Im selben Zeitraum gab es 70 Androhungen von Distanzelektroimpulsgeräten in der Bundespolizeidirektion Koblenz, und sieben Auslösungen gegen Personen.

Ein Einsatz gegen Tiere erfolgte nicht.

- a) Wie viele dieser Geräte sind derzeit im Einsatz?

In der Bundespolizei befinden sich derzeit insgesamt 24 Distanzelektroimpulsgeräte (DEIG) im Einsatz.

- b) Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich der Einsatz derzeit, und geht die Bundesregierung von der Notwendigkeit einer eigenen Rechtsgrundlage für den Fall aus, dass Distanz-Elektroimpulsgeräte dauerhaft und flächendeckend als Einsatzmittel der Bundespolizei genutzt werden sollen?

Die VwV vom 12. Juli 2022 (Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums des Innern und für Heimat) regelt den Einsatz und die Zulassung von DEIG für den Kontroll-Streifendienst befristet im Rahmen der Anwendererprobung im polizeilichen Einsatz bei der Bundespolizei. Diese werden als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt gemäß § 2 Absatz 3 des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes (UZwG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Oktober 2006 eingestuft.

Soweit die erhobenen Daten aus der Anwendererprobung hinreichende Schlüsse zur Eignung und Wirksamkeit für die Einsatzbedarfe der Bundespolizei zulassen, kann nach Prüfung über die flächendeckende Einführung und die Rechtsgrundlage zur Einstufung von DEIG bei der Bundespolizei abschließend in der Bundesregierung entschieden werden.

- c) Wird beim Erprobungseinsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten durch die Bundespolizei von der technischen Möglichkeit Gebrauch gemacht, unmittelbar mit dem Aktivieren des Distanz-Elektroimpulsgerätes auch die Body-Cam des Polizeivollzugsbeamten bzw. der Polizeivollzugsbeamtin zu aktivieren?

Diese technische Möglichkeit wird derzeit von den in der Bundespolizei genutzten Body-Cam-Systemen originär nicht zur Verfügung gestellt.

5. In welcher Weise und in welchem jährlichen zeitlichen Umfang werden Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei durch Fortbildungs- und Trainingsmaßnahmen auf den Umgang mit Personen, die psychisch gestört, verwirrt oder in sonstiger Weise nicht in einem Zustand sind, um polizeiliche Anweisungen angemessen wahrnehmen oder darauf reagieren zu können, vorbereitet bzw. bisherige Einsatzgeschehnisse nachbereitet?

6. Wie viele Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei welcher Bundespolizeidirektionen haben eine Fortbildung oder ein Training zum Umgang mit Personen, die psychisch gestört, verwirrt oder in sonstiger Weise nicht in einem Zustand sind, um polizeiliche Anweisungen angemessen wahrnehmen oder darauf reagieren zu können, in Anspruch genommen?

Die Fragen 5 und 6 werden gemeinsam beantwortet.

Alle Angehörigen der Bundespolizei werden während der Ausbildung im Fach Psychologie für den Umgang mit psychisch auffälligen oder verwirrten Personen geschult.

Das praktische Training im Umgang mit solchen Situationen erfolgt im Zuge der Einsatzausbildung durch Situationstrainings.

Das auf der in den Laufbahnausbildungen erworbenen Querschnittsgrundbefähigung aufbauende Polizeitraining mit insgesamt 84 Stunden jährlich, ist für alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten der Bundespolizei verpflichtend und wird regelmäßig durchgeführt.

Im Einzelnen werden die Beamtinnen und Beamten im Polizeitraining zudem in den verschiedenen Themen, wie Wahrnehmungsstörungen auf Grund des Konsums von Alkohol oder Betäubungsmitteln, der Gefahr eines lagebedingten Erstickungstods, Aggression, Gewalt und Erste Hilfe fortgebildet. Einzelne Einsatzsituationen werden nachbereitet und fließen in die nachfolgenden theoretischen und praktischen Schulungen ein.

7. Welche Handlungsanweisungen erhalten die Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei für den Umgang mit Personen, die psychisch gestört, verwirrt oder in sonstiger Weise nicht in einem Zustand sind, um polizeiliche Anweisungen angemessen wahrnehmen oder darauf reagieren zu können?

Die Handlungsanweisungen für den Umgang mit psychisch kranken oder verwirrten Personen ergeben sich aus dem Leitfaden 371 (Eigensicherung) und dem Handbuch Polizeitraining.

Mit Blick auf die Individualität jeder polizeilichen Situation sind die Beamtinnen und Beamten grundsätzlich so geschult, jede Lage einzeln zu bewerten und ihr Handeln auf den jeweiligen Anlass – einschließlich des Zustands des polizeilichen Gegenübers – anzupassen.

8. Welche Einsatz- und Distanzmittel stehen den Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei an welchen Einsatzorten bzw. Bundespolizeidirektionen zur Verfügung, um Störer, die sich in einer psychischen Ausnahmesituation befinden, auf Distanz zu halten?

Jedem Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten der Bundespolizei stehen als persönliche Ausstattung insbesondere ein Reizstoffsprühgerät, ein Einsatzstock und für Ausnahmesituationen eine Pistole P30 zur Verfügung – soweit die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Zudem werden Abdräng- und Räumhilfen als Poolausstattung in den Revieren vorgehalten.

9. Welche Handlungsanweisungen und Vorgaben erhalten die Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei in Bezug auf die Gefahr des lagebedingten Erstickungstodes bei der Anwendung unmittelbaren körperlichen Zwangs?

Auf die Gefahren des lagebedingten Erstickungstodes wird im Rahmen des Einsatztrainings besonders hingewiesen. Im Rahmen der Aus- und Fortbildung in Erster Hilfe wird der lagebedingte Erstickungstod als Notfall gesondert behandelt. Dabei werden die Ursachen, Erkennungsmerkmale und die erforderlichen Maßnahmen der Ersten Hilfe vermittelt.

10. Welche Regelungen plant die Bundesregierung hinsichtlich des Zugriffsrechts für den Polizeibeauftragten des Bundes, wie er nach dem Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP eingerichtet werden soll, auf die Aufnahmen aus Body-Cams der Bundespolizei?

Der entsprechende Gesetzentwurf wird aus der Mitte des Bundestages eingebracht. Der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens bleibt abzuwarten.

11. Soll es nach derzeitigem Stand auch bei der vorzulegenden Reform des Bundespolizeigesetzes zur Umsetzung der EU-Datenschutzrichtlinie im Bereich der Bundespolizei dabei bleiben, dass weder Betroffene polizeilicher Maßnahmen die Aktivierung einer Body-Cam verlangen können noch die Aufnahmen der Body-Cam für Disziplinarmaßnahmen verwendet werden dürfen (bitte begründen)?

Die regierungsinterne Abstimmung des Gesetzesentwurfs zur Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes dauert an.

Anlage 1 zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage 20/9087 der Fraktion DIE LINKE.

Verletzte PVB der Bundespolizei nach zuständiger BPOLD		
Bundespolizeidirektion	2022	Januar – September 2023
Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt.	24	18
Bundespolizeidirektion Berlin	80	49
Bundespolizeidirektion Frankfurt	48	40
Bundespolizeidirektion Hannover	63	80
Bundespolizeidirektion Koblenz	68	70
Bundespolizeidirektion München	88	77
Bundespolizeidirektion Pirna	63	46
Bundespolizeidirektion Sankt Augustin	136	109
Bundespolizeidirektion Stuttgart	72	91
BKA		2

Verletzte PVB der Bundespolizei nach Stammdienststelle der PVB (BPOLD)		
BPOLD	2022	Januar – September 2023
Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt	24	15
Bundespolizeidirektion Berlin	69	49
Bundespolizeidirektion Frankfurt	49	42
Bundespolizeidirektion Hannover	56	79
Bundespolizeidirektion Koblenz	69	68
Bundespolizeidirektion München	83	69
Bundespolizeidirektion Pirna	53	36
Bundespolizeidirektion Sankt Augustin	126	113
Bundespolizeidirektion Stuttgart	72	78
Bundespolizeidirektion Bereitschaftspolizei	82	80
Bundespolizeiakademie	26	18

Maßnahme (Mehrfachnennungen möglich)	2022	Jan. - Sep. 2023
Kontrolle	237	182
Identitätsfeststellung	486	409
Platzverweis	88	107
Gewahrsam- und Festnahme	315	312
Durchsuchung	272	209
Sicherstellung/Beschlagnahme	40	50
ED-Behandlung	39	38
Rückführungen	35	23
Begleitung von Fans/ Veranstaltungsteilnehmern	25	6

Maßnahme (Mehrfachnennungen möglich)	2022	Jan. - Sep. 2023
Räumung	10	22
Absperrung	27	21
Sicherung	21	7
Körperliche Untersuchung	11	15
Verbringen einer Person	171	158
Gefährderansprache	52	43
Schutz privater Rechte	35	34
Blutentnahme/Drogentest	93	80

Angriffsort	2022	Jan. - Sep. 2023
Aachen	3	
Accra		1
Amsterdam	2	
Aschaffenburg	2	2
Aschau im Chiemgau	1	
Augsburg	3	4
Backnang		2
Bad Dürkheim		2
Bad Kreuznach	1	1
Bad Schandau	1	
Baden-Baden	3	
Basel		8
Bautzen	1	
Berg		1
Berlin	58	35
Bielefeld	3	
Bischofswerda	2	
Bochum	9	5
Bonn	2	
Brandenburg an der Havel	2	
Braunschweig	1	2
Bremen	5	20
Bremerhaven	1	
Casablanca		1
Chemnitz	1	5
Cottbus		1
Degernbach		1
Deidesheim	2	
Delmenhorst	2	
Denzlingen		1
Deschka	1	
Dortmund	36	25
Dresden	8	3
Duisburg	4	4

Angriffsort	2022	Jan. - Sep. 2023
Düsseldorf	12	25
Eberswalde	1	1
Efringen-Kirchen		3
Elmshorn		6
Emersweiler	1	
Emmendingen		2
Erding	1	
Erfurt	7	8
Erkner	1	
Essen	19	8
Flieden	2	
Flintbek	1	
Frankfurt (Oder)	3	
Frankfurt am Main	61	57
Frankfurt-Hahn		2
Freiburg		2
Freiburg im Breisgau	5	5
Freilassing	5	6
Friedrichshafen	3	2
Fulda	4	4
Fürstenfeldbruck		1
Geestland/Schiffdorf	1	
Gelsenkirchen	3	1
Gensingen	1	
Gießen	1	4
Gifhorn	3	
Gommern	1	
Görlitz		6
Göttingen	1	2
Greven		1
Grünheide	1	
Hagen	1	
Haiming		1
Halle (Saale)	15	8
Hamburg	34	33
Hamm	7	5
Hannover	14	20
Hanweiler		3
Heidelberg	4	3
Heilbronn	1	
Herne		2
Hersbruck	1	
Herzogenrath	1	
Hintersee	2	
Hof	1	1
Homburg	1	1

Angriffsort	2022	Jan. - Sep. 2023
Idstein		2
Iffezheim		1
Ingelheim am Rhein		1
Ingolstadt		1
Istanbul	1	
Itzehoe		1
Kaiserslautern	3	
Kaldenkirchen	4	
Karlsruhe	6	3
Kassel	5	2
Kehl	3	5
Kempen	1	1
Kempten	2	1
Kiefersfelden	1	
Kiel	4	7
Klettgau		1
Koblenz	9	10
Köln	8	18
Konstanz	2	1
Köthen		2
Kranenburg	1	
Kronach		1
Kulmbach	1	
Lahnstein		1
Landau an der Isar	1	
Landau in der Pfalz		1
Landshut		3
Langenfeld		1
Langenhagen	2	1
Lauter	1	
Leer		1
Lehrte		1
Leinfelden-Echterdingen	8	2
Leipzig	9	13
Leverkusen		2
Limburg	1	
Lindau	2	
Lörrach	1	2
Lübeck	2	1
Lützerath		7
Magdeburg	10	5
Mainz	7	3
Mannheim	3	6
Marburg		1
Meiningen	1	
Memmingen	1	

Angriffsort	2022	Jan. - Sep. 2023
Merseburg	1	
Merzig	1	
Mönchengladbach	9	2
München	33	22
Münchweiler/Alsenz	1	
Münster (Westf.)	11	5
Nennig	1	
Neubrandenburg	4	
Neumünster	7	2
Neuried	3	
Neuss	1	3
Neustadt	1	
Neustadt an der Weinstraße	3	
Neustrelitz	2	
Neuzelle	1	
Niebüll		1
Nieder-Roden		2
Nordhausen		2
Nordhorn		1
Nürnberg	24	14
Oberhausen	1	5
Oberursel		1
Ochenbruck		2
Offenbach	1	1
Offenburg	5	8
Oldenburg	2	2
Osnabrück	6	3
Paderborn	9	1
Paris		2
Pasewalk	1	
Passau	1	2
Perl		1
Piding	1	
Plauen	1	1
Pocking	1	3
Potsdam	2	2
Radolfzell	1	
Rastatt		1
Regensburg	3	4
Reutlingen	2	
Rheinfelden (Baden)	1	
Rheinmünster	2	2
Rosenheim	3	3
Rostock	8	7
Ruhstorf an der Rott		1
Saarbrücken	14	14

Angriffsort	2022	Jan. - Sep. 2023
Saarlouis	1	
Schkeuditz	2	
Schönefeld	11	10
Schwedt	1	
Siegburg	1	
Siegen	1	
Singen (Hohentwiel)	2	
Soest	1	
Steinfurt-Borghorst		1
Stendal	6	2
Stuttgart	15	29
Torgau	1	
Trier	1	
Troisdorf		1
Tübingen		3
Uelzen	2	6
Ulm	3	3
Viersen	1	
Villingen-Schwenningen		1
Waldshut-Tiengen	1	2
Warendorf		1
Weil am Rhein	1	
Weimar	3	
Weischlitz	1	
Werdau	1	
Werder (Havel)		3
Wiesbaden	1	
Winhöring		2
Wolgast	2	
Wuppertal	4	1
Würzburg	3	4
Wüstenfelde		2
Zweibrücken	1	

Anlage 2 zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage 20/9087 der Fraktion DIE LINKE.

	2022	Jan. - Sep. 2023
Gesamt	293	284
Maßnahme (Mehrfachnennungen möglich)		
Kontrolle	104	86
Identitätsfeststellung	216	187
Platzverweis	46	47
Gewahrsam- und Festnahme	128	118
Durchsuchung	118	104
Sicherstellung/Beschlagnahme	24	18
ED-Behandlung	16	13
Rückführungen	10	8
Begleitung von Fans/ Veranstaltungsteilnehmern	3	3
Räumung	2	4
Absperrung	6	7
Sicherung	7	1
Körperliche Untersuchung	6	6
Verbringen einer Person	71	61
Gefährderansprache	20	20
Schutz privater Rechte	15	13
Blutentnahme/Drogentest	51	42

Angriffsort	2022	Jan. - Sep. 2023
Aachen	2	1
Aschaffenburg	1	1
Augsburg	2	3
Backnang		1
Bad Dürkheim		1
Bad Kreuznach		1
Baden-Baden	2	1
Basel		1
Berg		1
Berlin	17	13
Bielefeld	2	
Bochum	1	1
Brandenburg an der Havel	1	1
Braunschweig	1	
Bremen	12	5
Bremerhaven	1	
Chemnitz		1
Degernbach		1
Delmenhorst	1	
Denzlingen		1
Deschka	1	
Dortmund	15	11

Angriffsort	2022	Jan. - Sep. 2023
Dresden	3	1
Duisburg	1	1
Düsseldorf	4	13
Eberswalde		1
Efringen-Kirchen		1
Elmshorn		2
Erfurt	7	6
Essen	5	8
Frankfurt (Oder)	1	
Frankfurt am Main	24	24
Freiburg im Breisgau		2
Freilassing	1	4
Friedrichshafen		1
Fulda	4	4
Gelsenkirchen	1	
Gießen	1	10
Görlitz		1
Göttingen		1
Hagen	1	
Haiming		1
Halle (Saale)	5	3
Hamburg	17	14
Hamm	3	1
Hannover	10	10
Heidelberg	1	
Herne		1
Herzogenrath	1	
Hintersee	1	
Hof	1	
Idstein		1
Ingolstadt		1
Kaiserslautern		2
Karlsruhe	2	2
Kassel	1	
Kehl	1	3
Kempen	1	
Kempten		1
Kiefersfelden	1	1
Kiel	2	2
Klettgau		1
Koblenz	2	1
Köln	6	9
Konstanz	1	
Köthen		1
Kranenburg	1	
Kronach		1

Angriffsort	2022	Jan. - Sep. 2023
Kulmbach	1	
Landshut	1	1
Langenfeld		1
Langenhagen		1
Lehrte		1
Leinfelden-Echterdingen	2	1
Leipzig	5	4
Lindau	2	
Lörrach		2
Lübeck	1	
Magdeburg	3	
Mainz	5	2
Mannheim		3
Merzig	1	
Mönchengladbach	5	5
München	7	7
Münchweiler/Alsenz	1	
Münster (Westf.)	1	1
Neubrandenburg	1	
Neumünster	3	
Neustadt an der Weinstraße	1	
Niebuß		1
Nieder-Roden		1
Nürnberg	7	5
Oberhausen	1	4
Offenbach	1	
Offenburg	3	1
Oldenburg	1	1
Osnabrück	1	2
Paderborn	1	
Pasewalk		1
Passau	1	
Perl		1
Plauen		1
Pocking		1
Potsdam	4	2
Radolfzell	1	
Regensburg	1	1
Reutlingen	1	
Rosenheim	1	1
Rostock	4	4
Saarbrücken	10	1
Saarlouis	1	
Schönefeld	2	
Schwedt	1	
Singen (Hohentwiel)		2

Angriffsort	2022	Jan. - Sep. 2023
Steinfurt-Borghorst		1
Stendal		1
Stuttgart	11	13
Tübingen		3
Uelzen	1	1
Ulm	2	1
Waldshut-Tiengen	1	3
Warendorf		1
Weil am Rhein		1
Weimar	1	
Werder (Havel)		2
Wiesbaden	3	
Wuppertal	2	2
Würzburg	2	
Bad Cannstatt	1	
Bergen auf Rügen	1	
Emmerich am Rhein	2	
Furth im Wald	1	
Hildesheim	1	
Ibbenbüren	1	
Kirchdorf am Inn	1	
Luckenwalde	1	
Mellendorf	1	
Pirna	2	
Recklinghausen	1	
Saalfeld	1	
Schwerin	1	
Singen	1	
Straubing	1	
Weizern-Hopferau	1	
Wellen	1	
Angermünde		1
Bad Reichenhall		1
Bietigheim-Bissingen		1
Eltville		1
Finsterwalde		1
Flensburg		1
Gera		1
Hochneukirch		1
Hohenleuben		1
Kassel-Wilhelmshöhe		1
Kempten (Allgäu)		1
Mühldorf am Inn		1
Saalfeld (Saale)		2
Zwickau		1

